

An Syriens Zukunft denken



Am vergangenen Wochenende sind Experten aus über 20 Ländern meiner Einladung ins Auswärtige Amt gefolgt, um eine zentrale Frage zu erörtern: Wie kann der Wiederaufbau des kulturellen Erbes in Syrien gelingen? In Palmyra und an anderen Orten haben die IS-Terroristen unvergleichliche Kulturschätze zerstört und geplündert – Stätten, die den Menschen Identität geben.

Gemeinsam mit UNESCO-Generalsekretärin Irina Bokova (Foto) begrüßte ich 170 Fachleute aus aller Welt und vor allem aus Syrien. Drei Tage lang bündelten sie ihre Kompetenzen und erarbeiteten Perspektiven für den Wiederaufbau. Es gelang eindrucksvoll, den 2014 beschlossenen UNESCO-Aktionsplan für die Erhaltung des Kulturerbes in Syrien fortzuschreiben. Dabei war es mir besonders wichtig, alle syrischen Gruppen in den Prozess einzubinden.

Deutschland unterstützt die humanitäre Hilfe für Syrien seit Jahren. Der Wiederaufbau von Welterbestätten wie Palmyra dient ganz konkret den Menschen dort. Zum Beispiel werden mit dem Programm „Stunde Null – Eine Zukunft für die Zeit nach der Krise“ syrische Flüchtlinge in Deutschland und in den Nachbarländern Syriens als Handwerker, Architekten, Archäologen und Denkmalpfleger aus- und fortgebildet. Mit diesem Engagement schaffen wir Perspektiven für Syrer, die einmal in ihr Land zurückkehren.



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe CDU-Freunde,

vor Ostern ging die Nachricht um die Welt, dass die IS-Terroristen aus der syrischen Kulturstätte Palmyra vertrieben wurden. Sofort stand die Frage im Raum, wie es gelingen kann, den Syrern ihre kulturelle Heimat wiederzugeben.

Für mich war klar: Jetzt ist die Stunde der Experten. Darum habe ich zu einer Konferenz ins Auswärtige Amt eingeladen. Berlin war aus zwei Gründen ein besonders geeigneter Veranstaltungsort. Erstens pflegen unsere Experten des Deutschen Archäologischen Instituts und der Stiftung Preußischer Kulturbesitz schon lange einen engen fachlichen Austausch mit ihren Kollegen in Syrien. Zweitens wissen gerade wir in Deutschland, was es bedeutet, nach einem schrecklichen Krieg ein ganzes Land wiederaufzubauen.

Die unter dem Krieg leidende syrische Bevölkerung braucht eine Besinnung auf ihre gemeinsame, identitätsstiftende Kultur. Dies ist zudem grundlegend für eine politische Lösung, gerade angesichts der Rückschläge, mit denen wir konfrontiert sind.

Maria Böhmer

Ihr Kontakt zu Maria Böhmer

Wahlkreis:
Bürgerbüro Ludwigshafen
Benckiserstraße 26
67059 Ludwigshafen
Tel.: 0621 / 6299 604
Fax: 0621 / 6299 605
maria.boehmer@wk.bundestag.de

Berlin:
Bundestagsbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 227 - 77575
Fax: 030 / 227 - 76575
maria.boehmer@bundestag.de

Kabinett beschließt neues Gesetz: Integration ist das Gebot der Stunde

Die Ankunft der vielen Flüchtlinge hat uns vor Augen geführt, dass Integration das Gebot der Stunde ist. Deshalb begrüße ich das neue Integrationsgesetz, das in der Kabinettsklausur in Meseberg beschlossen wurde. Es ist das erste Gesetz dieser Art, aber: Wir starten damit nicht bei Null. Die Bundesregierung hat schon in den vergangenen Jahren die Integrationspolitik neu ausgerichtet. Auf diesen Erfahrungen bauen wir auf, indem das Gesetz konsequent dem Prinzip des Förderns und Forderns folgt.

Vier Punkte sind mir besonders wichtig: Erstens werden bessere Voraussetzungen für Spracherwerb und Wertevermittlung geschaffen. Die Zugangsmöglichkeiten für Integrationskurse werden verbessert. Die Möglichkeit, Asylberechtigte, anerkannte Flüchtlinge oder subsidiär Schutzberechtigte zur Teilnahme an diesen Kursen zu verpflichten, wird erweitert, teils erstmals geschaffen. Dabei sollen der Spracherwerb und die Vermittlung der Grundlagen unserer Gesellschaft so früh wie möglich ansetzen. Der Grundsatz lautet: Integration von Anfang an.

Zweitens: Für die gesamte Ausbildungszeit erhalten Auszubildende eine Duldung. Nach erfolgreichem Abschluss folgt für die Dauer der Arbeitsplatzsuche ein halbes Jahr eine Duldung. Für eine Anstellung, die der erworbenen Qualifikation entspricht, wird eine Aufenthaltserlaubnis von zwei Jahren erteilt. Das schafft Rechtssicherheit für alle Beteiligten.

Ein dritter wichtiger Bereich betrifft den Zugang zum Arbeitsmarkt. Wenn die Arbeitslosigkeit in einer Region unterdurchschnittlich ist, soll für die genannten Gruppen auf die Vorrangprüfung verzichtet werden. Aber auch die vielen Menschen, die noch in Erstaufnahmeeinrichtungen leben und keine sichere Bleibeperspektive haben, brauchen eine sinnvolle Beschäftigung. Darum sollen 100.000 Arbeitsgelegenheiten aus Bundesmitteln neu geschaffen werden.

Ein viertes zentrales Element ist die Wohnsitzzuweisung. Wir müssen uns der Erfahrung stellen, dass Migranten häufig dorthin ziehen wollen, wo schon andere sind. Das betrifft überwiegend die Ballungsräume. Für die Integration ist das nicht immer nützlich. Ich weiß aus vielen Begegnungen, dass Integration gerade in kleineren Gemeinden gut gelingen kann. Hier kennen sich die Leute.

Was Flüchtlinge hier an Bildung, beruflicher Qualifizierung und Arbeitserfahrung erhalten, wird ihnen helfen, ihre Heimatländer wiederaufzubauen, wenn sie eines Tages zurückkehren. Die Erfahrung mit den Kriegsflüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien in den Neunziger Jahren hat uns gezeigt, dass bei Weitem nicht alle bleiben werden. Und es ist klar, wer vor Krieg und Verfolgung zu uns geflohen ist, darf mit unserer Unterstützung rechnen. Darauf verpflichten uns die Menschenrechte, und darauf verpflichtet uns auch das „C“.

Bundestag zu Gast in Ludwigshafen

Der Deutsche Bundestag ist das Herz unserer Demokratie. Er ist der Ort der Debatte, des Ringens um die besten Lösungen für uns alle. Welche Aufgaben er hat und wie er arbeitet, darüber informiert die Wanderausstellung des Deutschen Bundestags. Zum zweiten Mal nach 2011 habe ich sie nach Ludwigshafen geholt. Am 2. Juni eröffnete ich mit Oberbürgermeisterin Eva Lohse die Ausstellung im Rathaus-Center, bis 4. Juni wurde sie dort gezeigt.

Viele interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie mehrere Schulklassen und Integrationskurse besuchten die Ausstellung und tauschten sich mit den Mitarbeitern des Bundestags aus. Als Erste kam eine Klasse des Carl-Bosch-Gymnasiums. Dessen Lehrer Stefan Fölker war es, der den erneuten Besuch der Wanderausstellung in Ludwigshafen angeregt hatte. Regelmäßig lade ich Schulklassen auch nach Berlin ein, um den Bundestag kennenzulernen und mit mir über ihre politischen Vorstellungen zu sprechen.

Novellierung des Prostituiertenschutzgesetzes

Ein aktueller Bericht der Bundesregierung belegt es: Das rot-grüne Prostitutionsgesetz aus dem Jahr 2002 ist gescheitert. Das Ziel, Prostituierte in ein sozialversichertes Angestelltenverhältnis zu bringen, hat das Gesetz verfehlt. Stattdessen hat der Einfluss der organisierten Kriminalität zugenommen und es fehlt nach wie vor an Kontrollmöglichkeiten. Nach langen und zähen Verhandlungen mit dem Koalitionspartner hat die Unionsfraktion in der vergangenen Woche ein Signal gesetzt, dass Deutschland nicht das unkontrollierte Bordell Europas bleibt.

Die Novellierung des Gesetzes sieht eine Erlaubnispflicht für Bordellbetreiber ebenso vor wie eine Anmeldepflicht, regelmäßige Gesundheitsberatung für alle Prostituierten und eine Kondompflicht. Ich unterstütze sehr das Ziel des Gesetzes, in der Prostitution Gewalt, Einschüchterung, Ausnutzen von Hilflosigkeit und jede Form der Fremdbestimmung einzudämmen.



Besuchen Sie mich auf
www.maria-boehmer.de
facebook.com/dr.maria.boehmer